

den Austritt erklärten. In dieser LPG herrschten untragbare soziale Zustände. Den verantwortlichen staatlichen Organen war diese Tatsache bekannt. Der seit Jahren mit Recht geforderte Bau eines Speiseraumes wurde mit der Begründung abgelehnt daß nach dem Paragraphen 5 der Landbauordnung diesem Kollektiv kein Speiseraum zusteht.

Gemeinsam mit der Bezirksleitung Neubrandenburg hat die ZPKK durchgesetzt daß die Genossen in den zuständigen staatlichen Organen die Genehmigung zum Bau der Sozialeinrichtung erteilten. In der Zwischenzeit haben sich die Genossen für den Verbleib in unserer Partei ausgesprochen.

Eine gründliche Prüfung und meiner Meinung nach neue Standpunkte und Entscheidungen brauchen wir auch zu den Parteimitgliedern, die die DDR ohne Genehmigung verlassen haben und zu uns zurückkehren. Einige Kreisleitungen haben uns die Frage gestellt, ob man diese Genossen wieder in die Partei aufnimmt, ihre Parteimitgliedschaft wiederherstellt oder die durchgehende Mitgliedschaft anerkennt. Natürlich werden in jedem Fall individuelle Entscheidungen notwendig sein, aber eine gewisse Orientierung für solche Fälle brauchen die Grundorganisationen und Kreisleitungen. Das betrifft ebenfalls eine Reihe ehemaliger Genossen, die aus der Partei ausgetreten sind und heute wieder in die Partei zurückwollen. Mir sei gestattet, zu erwähnen, daß die PKK damit nicht »belastet« sind, denn die Entscheidungen über den Austritt treffen nicht die PKK.

In den Parteikontrollkommissionen haben immer die negativen Erscheinungen, die es in der Partei gibt, zur Diskussion und Beurteilung gestanden. Das wird auch weiterhin so sein. Wenn es um die Beurteilung von Genossen durch Parteikontrollkommissionen geht, dann stehen immer Verstöße, Verletzungen und Unmoral zur Diskussion. Dadurch wird die Einschätzung eines Menschen komplizierter.

In den letzten Jahren wurden Entscheidungen zu negativen Erscheinungen oftmals sehr widersprüchlich und teilweise auch subjektiv vorgenommen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an Parteiverfahren, die wegen Ausreise ins kapitalistische Ausland, die Nichtteilnahme von Parteimitgliedern an Kommunalwahlen und die im Zusammenhang mit der Streichung der Zeitschrift »Sputnik« von der Postzeitungsliste sowie von Gesetzesverletzungen durchgeführt wurden.

Wenn wir heute über diese Probleme sprechen, muß ich die Tatsache erwähnen, daß wir seit längerer Zeit gegen die Veränderung von Austritten zu Ausschlüssen Stellung nehmen.

Dazu gibt es auch heute noch ein unterschiedliches Herangehen von Parteileitungen, Kreis- und Bezirksleitungen. Als Zentrale Parteikontroll-